

---

## ÖSTERREICHS PARTEIEN ZWISCHEN STAAT UND WIRTSCHAFT

Rezension von: Peter Gerlich /  
Wolfgang C. Müller (Hrsg.), Zwischen  
Koalition und Konkurrenz.  
Österreichs Parteien seit 1945  
Braumüller Verlag, Wien 1983,  
378 Seiten, S 248,-.

---

Die vielleicht wesentlichste Paradoxie der demokratischen politischen Parteien liegt darin, daß sie groß und zugleich klein sind. Groß, was ihren Einfluß auf die Besetzung der Spitzenfunktionen des Staates betrifft, klein was den an ihnen aktiv mitwirkenden Personenkreis oder ihr unmittelbares wirtschaftliches Gewicht betrifft. Während die Mehrheit der Bevölkerung in politischer Apathie verharret (ob mit oder ohne Parteibuch macht hier keine sehr große Differenz) und sich durch periodische Skandale in der Auffassung, daß Politik ein „schmutziges Geschäft“ sei bestätigt sieht, repräsentiert ein kleiner Kreis von Aktivisten das „Volk“.

Aus dieser Grundparadoxie entstehen dann Folgeparadoxien wie jene, daß ein biederer provinzieller Erdnußfarmer plötzlich in das Machtzentrum der westlichen Welt gespült wird oder daß Beträge in der Größenordnung der Kosten einer Eigentumswohnung für Landesparteiensekretariate österreichischer Großparteien bereits eine verführerische Dimension haben.

Diese spannungsvolle Existenz der Parteien, groß in der Politik, klein im realen Leben der Bevölkerung und – trotz aller Aufblähung durch die heutigen Mammutwahlkämpfe – auch in der Wirtschaft wird in dem von Peter Gerlich und Wolfgang C. Müller her-

ausgegebenen Werk anhand der österreichischen Parteien seit 1945 anregend beleuchtet.

Der erste Beitrag von Franz Buchegger und Walter Stamminger über die Geschichte der SPÖ bietet freilich keinen optimalen Einstieg. Den Autoren gelingt es, die unattraktiven Aspekte von empirisch-quantitativer und ideologisch engagierter Politologie miteinander zu kombinieren. Eine mehrfach graphisch aufbereitete Statistik über den jeweiligen Anteil von „Ideologie und Grundsatzfragen“ einerseits sowie jenen von „innenpolitischen und Koalitionsfragen“ andererseits in den Spalten der „ZUKUNFT“, des theoretischen Organs der SPÖ, ist wahrscheinlich als ebenso belangreich anzusehen wie eine Studie über die Barttracht österreichischer Politiker (unter besonderer Berücksichtigung des Oberlippenbartes als Beitrag zur Faschismusproblematik). Die überstarke Orientierung am geschriebenen Wort (eine Art Vermächtnis des Urkundenfetischismus traditioneller Geschichtsschreibung an die Politologie) macht sich störend bemerkbar. Dazu treten denunziatorische Floskeln wie „Phase der illusionären Intervention“ ab 1972/73 (S. 19) und verwaschenes Krisengerede: so brachte zwar für die Autoren die Abwendung vom Austromarxismus 1971 die absolute SPÖ-Mehrheit, wurde aber zur „Ursache der latent präsenten Krise der SPÖ, 1964 erstmals voll ausgebrochen, heute wiederum knapp vor einem sichtbaren Ausbruch stehend bzw. sich bereits im Ansatz abzeichnend“ (S. 23).

Mit einem Wort: die Widersprüche verschärfen sich wieder einmal. Um Mißverständnissen vorzubeugen: hier wird vom Rezensenten nicht aus ideologischen Gründen (etwa aus einer apologetischen Haltung heraus) radikale Kritik unter Beschuß genommen sondern deren Nichtzustandekommen konstatiert. Immerhin enthält der Aufsatz einiges brauchbare zeitgeschichtliche Material.

Auf diesem Gebiet liegt auch die

Stärke des Beitrages von Herbert Gottweis über die ÖVP, der namentlich die Bündeproblematik gut zusammenfaßt und die Geltung des „timokratischen“ Prinzips zwischen aber auch innerhalb der Bünde postuliert (S. 61).

Bernhard Perchings Aufsatz über das „dritte Lager“ bietet ebenfalls einen sehr brauchbaren historischen Abriß. Er hat durch die unterdessen geschlossene Koalition natürlich auch besonders aktuelle Bedeutung gewonnen. Die Spannung zwischen nationalen und liberalen Elementen von VdU und FPÖ wird kritisch beleuchtet, die historischen Episoden des Kokettierens der Großparteien mit der drittgrößten Partei werden augenfällig gemacht. Perchings Haltung zu seinem Gegenstand ist unverhohlen distanziert, aber dabei sachbezogen.

Die von Albert Lichtblau und Michael Winter im Spiegel ihrer Parteitage betrachtete Entwicklung der KPÖ ist dagegen eher im Grundton bedauernder Kritik formuliert. Die Arbeiterklasse könne mit den offiziellen Parteiprogrammen und Resolutionen nicht erreicht werden „da die verwendete Sprache unverständlich, antiquiert und teilweise abstoßend wirkt“ (S. 106). Durch Starrheit, Sturheit und Dogmatismus verliere die KPÖ „eine – nennen wir sie „linksliberale“, von der SPÖ enttäuschte – Wählerschicht“ (S. 104). Ob „linksliberal“ der hier zutreffende Terminus ist, mag bezweifelt werden – daß aber die KPÖ selbst an ihren immer vernichtenderen Wahlniederlagen schuld ist, dafür jedoch eine fast perfekte Sündenbockphilosophie aufgebaut hat, wird von den Autoren schön herausgearbeitet. Der Beitrag schließt mit der Warnung des später ausgeschlossenen Funktionärs Kodicek auf dem 21. Parteitag, daß „nicht eines Tages die letzten Kommunisten die vorletzten aus der Partei hinaussäubern“ (S. 108).

Der zweite Hauptteil des Werkes über die Parteienstruktur beginnt mit einem soliden quantitativen Beitrag

von Christian Haerpfer über „Nationalratswahlen und Wahlverhalten“ 1945–80. Wahlsystem, Wahlbeteiligung und der Einfluß der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten mit den wichtigen Variablen Klasse, Religiosität, Urbanisierungsgrad und Haushaltseinkommen werden dargestellt. Überraschende Ergebnisse gibt es nicht zu vermelden.

Interessant, aber etwas zu jargonbelastet der Beitrag von Walter Urban und Eva Zeidner über Umfang und Nutzen der Parteimitgliedschaft. Der tatsächliche Umfang des österreichischen Patronagesystems wird zwar keineswegs ausgeleuchtet (Interessant wäre einmal eine Studie, wie viele Österreicher zur Haltung einer Parteimitgliedschaft quasi verpflichtet sind). Das Sinken des Arbeiteranteils an den SPÖ-Mitgliedern und der rapide Schwund nichterwerbstätiger Hausfrauen (jener Gruppe, die vielleicht die geringste ökonomische und die reinste ideologische Motivation zur Mitgliedschaft hätte) deuten hier auf sehr wichtige Probleme, die allerdings mehr als „Spitze eines Eisbergs“ sichtbar werden. Originell formuliert ist die Funktion von Mitgliederzuwachsen als Leistungsmaßstab für kleine Funktionäre im Sinne der „Karl-May-Indianer, deren Reputation sich nach der Zahl der erbeuteten Skalps bemißt“ (S. 159) und das damit verbundene Interesse der Basiseinheiten des Apparats, „im Bedarfsfall auch fingierte Erfolgsmeldungen aussenden zu können“. Diese namentlich im ÖVP-Bereich feststellbare eher lockere Buchführung über die Mitgliedschaften ist etwa in Niederösterreich evident, wo der Bauernbund-Mitgliederstock die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe deutlich übersteigt und 1974 und 1977 exakt die selbe Mitgliederaufstellung präsentiert wurde (S. 157).

Die Inaktivität der Mitgliederbasis, ihre „Verwahrlosungs- und Zerfallstendenzen“ (S. 170) wären vielleicht noch deutlicher herauszuarbeiten. Die

Versteinerung und Vergreisung des „Sektionslebens“ namentlich der SPÖ (aber auch der KPÖ) stellen hier – besonders gegenüber der ersten Republik – doch hochwichtige sozialstrukturelle Prozesse dar. Die mit der Generation der heute Siebzigjährigen zu Ende gehende „Massenrepräsentanz“ wird vermutlich in naher Zukunft eine drastische Verringerung der großstädtischen SPÖ-Sektionen, die Aufgabe des Initiationsrituals des Subkassierens und eine ähnliche Problematik wie bei den Ortsvereinen der SPD oder britischen Labour Party bewirken: je schmalere und unrepräsentativer die Basis der Parteiaktivisten in der Bevölkerung ist, umso unversöhnlicher werden in ihr die Spannungen zwischen den überproportional vertretenen „Sektierern“ und „Opportunisten“.

Das mit diesen Entwicklungen verbundene Problem der Parteiliten wird von Valerie Baumgartner behandelt, die namentlich auf die der traditionellen „Ochsentour“ widersprechenden „technokratischen“ Aufstiegsmöglichkeiten, etwa als „zentrale Parteinotwendigkeit“ verweist und auch auf die Vorwahlexperimente der ÖVP eingeht. Den Schluß bilden statistisch untermauerte Darstellungen zur sozialen Struktur des Nationalrates. Die von Baumgartner präzise beschriebene Vorrückung von unwählbaren Listenplätzen an wählbare Stellen nach Kriterien der Anciennität und des Wohlverhaltens wirft natürlich die Frage auf, ob durch diesen Prozeß nicht zum Teil eine Art Negativselektion betrieben wird. Konsequentes Verfechten parteikonformer Standpunkte wird ja in der breiteren Öffentlichkeit eher belächelt (ähnlich der sogenannten „Kerzelschluckerei“ im religiösen Bereich). Hier liegen wahrscheinlich gefährliche Ursachen des in den letzten Jahren virulent gewordenen Abhebens der politischen Elitenkultur (mit den Syndromen des „Fehler-nicht-Eingestehens“ und „dem Gegner-nicht-Recht-Gebens“)

von der Alltagswelt mit ihrer mehr als kritischen Würdigung des Politikers.

Was Baumgartner übrigens nicht hervorhebt, aber bei der Rekrutierung der Parteiliten nicht unerheblich sein dürfte, ist der Aufstieg durch „Quasi-Adoption“ und aus Sekretariatspositionen der Parteiführung. Zahlreiche Spitzenpolitiker sind hierzulande und im Ausland aus solchen Sekretärsstellungen avanciert (man denke etwa an Renner, Schärp, Mock, aber etwa auch Olof Palme). Gegenüber solchen Direkt-Avancements ist selbst der technokratische Aufstieg ein Umweg.

Der Aufsatz von Erwin Riess und Norbert Winkler über die österreichischen Parteiprogramme seit 1945 gewinnt dem oft behandelten Thema keine wesentlichen neuen Facetten ab, profiliert sich aber durch markige Stamokap-Terminologie.

Der interessanteste Teil des Werkes setzt sich mit dem Bereich Parteienumwelt auseinander. Michael Schadens solider Bestandsaufnahme des lange Zeit eher unklaren Verhältnisses von Parteien und Rechtsordnung (das Parteiengesetz von 1975 brachte neben dem erwünschten Geldsegen auch eine formelle Klärung dieses Punktes) folgen die thematisch bedeutungsvollen Fragen der Parteienfinanzierung, des Verhältnisses zu den Medien und des Proporzsystems in der Wirtschaft.

Der Beitrag Wolfgang C. Müllers und Martin Hartmanns über die Parteifinanzien leidet natürlich unter der hier notorischen Geheimniskrämerei, gibt aber einen guten Überblick über die vorhandenen (weit divergierenden) Schätzungen und Vermutungen. Das in Österreich heute recht üppig ausgebaute System staatlicher Parteienförderung hat, wie der Beitrag mit Recht feststellt, heute an Anruchigkeit stark verloren. In der Tat sind Parteisteuern, die zum Hochlitzieren der Politikergehälter beitragen, wohl um vieles problematischer als etwa transparent abgerechnete Förderungen der politischen Bildung. Bei den

parteieigenen Betrieben hätte vielleicht das Problem der Defizitbelastung namentlich im Zeitungswesen stärker herausgearbeitet werden können (überhaupt fehlt ein Beitrag über den dramatischen Niedergang der Parteipresse trotz namhaftester Investitionen in dieses „Faß ohne Boden“, das immer wieder Anlaß zu dubiosen Geschäften gibt). Sehr bezeichnend die „Zwillingsrolle“ der Parteien und der Presseförderung (BGBl. 404 und 405/1975), deren Schicksal „bis heute parallel verlaufen“ ist. (S. 269) Aus dieser Bedeutung der außerparlamentarischen Macht der Medien ergibt sich auch die zentrale Wichtigkeit des diesbezüglichen Beitrages von Wolfgang Müller, der als einer der besten dieses Bandes anzusprechen ist. Die Notwendigkeit ständiger Produktion von (Pseudo)information, um in den Medien, besonders im Fernsehen, präsent zu sein, die ständige Ausrichtung daran, was „ankommt“ wird aufgrund von Recherchen in den Parteihauptquartieren augenfällig dargelegt. „Regierungsklausuren“ die in Wahrheit genau das Gegenteil sind, nämlich „Pressekonferenzen in geschmackvoller Umgebung und traurem Zusammensein von Politik und Berichterstatern“ (S. 290), die Notwendigkeit ÖVP-Bundespartei Vorstandssitzungen um 10.30 Uhr zu beenden, um noch mit der Pressekonferenz ins Mittagsjournal zu kommen (S. 289), das alles belegt das „ängstliche Bemühen um eine medienadäquate Politik“ und die „neurotische Angst vor der scheinbaren Allmacht der Medien und möglichen Popularitätsverlusten“ (S. 288). Der vielleicht bedenklichste Aspekt dieser Entwicklung liegt in der ver-

selbständigten Rationalität dessen, was „ankommt“ gegenüber den Sachargumenten. Beispiel wäre eine Abkehr von den Prinzipien keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik etwa aus dem Grund, daß „Sparen“ propagandistisch „zieht“, (nämlich wegen der – falschen – Analogie zur Bewältigung privater, familiärer Finanzkrisen). Solche „Umfaller“ sind gerade in bürgerlichen Parteien, in denen makroökonomische Kreislaufüberlegungen ohnehin nur schwach Fuß gefaßt haben, an der Tagesordnung.

Andererseits ist es mit der Medienneurose wohl wie mit der Angst vor wilden Tieren: wer sich nicht fürchtet, schlägt sich besser als jener, der sich von „Medienexperten“ typwidrig ummodelln läßt. Das „Phänomen Kreisky“ oder auch jenes von F. J. Strauß steht hier manchem bedauernden ÖVP-Politiker gegenüber, der vor lauter Bemühen um „Mediengerechtigkeit“ die eigene Persönlichkeit verleugnet und dadurch farblos und unglaubwürdig wirkt.

Der abschließende Beitrag Helmut Doblers über die Parteien und die verstaatlichte Industrie gibt eine solide Zusammenfassung dieses an sich bereits eher ausgeschöpften Themenkomplexes.

Im großen und ganzen hat das von Peter Gerlich ansprechend eingeleitete und zusammengefaßte Sammelwerk seinen gerechtfertigten Platz neben dem allerdings thematisch ausgreifenderen Standardwerk von Heinz Fischer (Hsg.) über das politische System Österreichs. Hervorzuheben ist auch der relativ günstige Preis.

Robert Schediwy